

Unsichere Sicherheiten

Politische Bildung und die Frage gesellschaftspolitischer Eigenverantwortung

Die Betrachtung globaler Sicherheitsbedrohungen zeigt, dass die größten Gefahren nicht etwa von Phänomenen wie dem Terrorismus oder der Migration ausgehen, sondern von der Art und Weise, wie diese als Bedrohung wahrgenommen werden, und von den Reaktionsmustern, die dies nach sich zieht. Politische Bildung sollte deshalb multiperspektivisch und umfassend auf diese gefühlte Unsicherheit reagieren – mit dem Ziel, gefühlte und reale Wirklichkeit wieder miteinander in Einklang zu bringen. Nur auf diese Weise können Themen entemotionalisiert werden. von Anja Opitz

Die Welt scheint ein unsicherer Ort geworden zu sein, ein Ort von Terrorismus, Massenmigration und politischer Instabilität. Es globalisieren sich Phänomene, die existentielle und auch sicherheitspolitische Auswirkungen für die Gesellschaften haben. Instabilitäten und Konflikte außerhalb Europas beispielsweise können die Sicherheit innerhalb Europas unmittelbar betreffen. Die Menschen, die gegenwärtig aufgrund von Krieg und Verfolgung nach Europa flüchten, rufen diesen Zusammenhang in unserem Bewusstsein wach (vgl. Mayer 2018). Doch die größte Gefahr lauert nicht „von außen“. Die größte Unsicherheit stellen wir selbst dar. Weshalb kommt man zu einem derart überraschenden Befund?

Globale Unsicherheiten

Derzeit werden wir Zeuge einer Art Neuvermessung politischer Macht, die alle tragenden Fundamente des internationalen Systems tangiert (vgl. NATO 2017). Globale Politik trifft auf traditionelle Werte, aber auch auf geopolitische Konkurrenz; eine globale Führungsmacht ist gegenwärtig nicht erkennbar: Staaten, das zeigte die Münchner Sicherheitskonferenz 2018 (vgl. Munich Security Conference 2018) deutlich, beginnen einander zu misstrauen

oder verlieren den gegenseitigen Respekt. Internationale Normen, die globale Mächte und Akteure als gemeinsamen Wertekanon begreifen, scheinen nicht mehr vorbehaltlos akzeptiert zu werden. Fehler in der Kommunikation und gegenseitige Fehleinschätzungen führen zu Unsicherheiten. Und das hat Folgen.

Kleinere Staaten etwa profitieren tendenziell von der Verlässlichkeit einer normenbasierten Politik großer Staaten. Fehlt diese und nehmen aggressive geopolitische oder geökonomische Egoismen großer Staaten zu, setzt dies die Kleineren massiv unter Druck. Zunehmende Unsicherheit und Vertrauensverluste erhöhen so die Instabilität in den betreffenden Gesellschaften und Regionen. Der Stellvertreterkrieg in Syrien ist hier ein prominentes Beispiel: Jordanien hat durch syrische Kriegsflüchtlinge ein Bevölkerungswachstum von etwa 25 % zu verzeichnen (vgl. World Economic Forum 2018, S. 10). Das Land kann diesen Anstieg ökonomisch jedoch nicht auffangen, es drohen langfristig der Staatszerfall und damit ein weiterer Instabilitätsfaktor mit globalem sicherheitspolitischen Ausmaß in dieser Region. Gleichermäßen werden die Interessen nichtstaatlicher Akteure sukzessive marginalisiert. So werden die Rechte und der Schutz von Unternehmen, Individu-

en oder Organisationen der Zivilgesellschaft zunehmend abhängiger von den Interessen großer Staaten und ihrer Regierungen.

Das Wiedererstarren personalisierter Macht anstelle von Multilateralismus und Diplomatie sowie ein starker Fokus auf globale Geopolitik führen allem voran jedoch zu einer Verdrängung zentraler Bedrohungen für die Zivilgesellschaften, die dringend konstruktiver Lösungsansätze bedürfen. Extreme Wetterphänomene, Naturkatastrophen, das Scheitern von Mitigationsmaßnahmen zum Klimawandel sowie von Menschen verursachte Umweltkatastrophen führen die Rangliste der globalen Risikolandschaft an (vgl. ebd., S. 2). Die große Herausforderung liegt hier in der Tiefe der Verflechtungen dieser Einzelphänomene: Der tropische Hurrikan Maria, der 2017 über Dominica, den Inseln der nördlichen Antillen, Puerto Rico und der Dominikanischen Republik verheerende Schäden anrichtete, zeigt, wie Umweltkatastrophen kritische Infrastruktur in Staaten ernsthaft schädigen und damit zu einer fundamentalen Gefahr für die Stabilität von Gesellschaften werden können.

Zurecht erklärte der ehemalige amerikanische Präsident *Barack Obama* in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2015: „No challenge poses a greater threat to our future and future generations than a change in climate.“ (Office of the Press Secretary 2015) Auch der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung* kam 2007 zu dem Ergebnis „dass der globale Klimawandel und die weltweite Armut im Vergleich zur terroristischen Bedrohung die größeren kollektiven Sicherheitsbedrohungen der Menschheit darstellen“ (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 2008). Und in der Tat, der Klimawandel bedingt eine Zunahme von Naturkatastrophen weltweit und setzt damit unsere Gesellschaften einer hohen Belastung aus (vgl. NATO 2017, S. 9). Die Nachfrage nach natürlichen Ressourcen steigt, Wasser-, Gesundheits- und Ernährungssicherheit sowie der Verlust der Artenvielfalt werden zunehmend zu besorgniserregenden Herausforderungen, für die Regierungen Antworten benötigen, um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften zu erhalten (vgl. Opitz 2018).

Von ähnlich großer Bedeutung ist der Aufstieg des Populismus in Deutschland und anderen Staaten der Welt (vgl. Kalina/Günther 2018). Hier zeigt sich, dass die Angst vor Globalisierung, Terrorismus und Migration dazu führen kann, dass Menschen sich bedroht fühlen und deshalb das Vertrauen in ihre Regierung und ihren Staat verlieren. Dies kann langfristig zu einem Sicherheitsrisiko werden, auch

wenn die Ursache für die innere Schwächung des Staates nicht in den genannten Phänomenen liegt.

Global betrachtet, haben Gesellschaften heute einen höheren Lebensstandard als je zuvor (vgl. World Economic Forum 2018, S. 39 f.). Die wirtschaftliche Beschleunigung und zunehmende globale Vernetzung bringt jedoch die Absorptionsfähigkeit von Institutionen, Gesellschaften und Individuen an ihre Grenzen. Auch hieraus erwächst ein globales Risiko für die Überlebensfähigkeit von Gesellschaften mit einer höheren Tendenz hin zu Brüchen, Störungen und Ausfällen von Teilsystemen wie jene der Ökologie, Ökonomie, der Technologie oder von institutionellen Systemen.

Das hier gezeichnete Bild bestätigt sich auch mit Blick auf das weltweite Einkommenswachstum. Global betrachtet, ist das Wachstum gebremst und globale Ungleichheiten sind insgesamt im Sinken begriffen (vgl. ebd., S. 40). Andererseits nehmen innerstaatliche Ungleichheiten zu und bedingen Korrosionen. Eine zentrale Herausforderung ist dabei die zunehmende Automatisierung und Digitalisierung von Prozessen in der Arbeitswelt, welche das Beschäftigungsniveau und die Gehälter insgesamt drücken und zu einem weiteren Auseinanderdriften zwischen „Arm und Reich“ führen. Driften die Erwartungen zwischen Gesellschaften und Staat mit Blick auf Beschäftigung auseinander, kann das zu einem Erstarken von Populismus führen oder gar zu Staatszerfall, wie der „Arabische Frühling“ und dessen Folgen zeigten.

Dem Phänomen Populismus wohnt das Potenzial inne, grundlegend unsere Freiheit, unseren Wohlstand und indirekt auch unsere Sicherheit zu gefährden (vgl. NATO 2017, S. 17). Der Grund hierfür ist die steigende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und eine daraus resultierende, meist schleichende Destabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Gerade das Thema Beschäftigung ist impliziter Teil des Gesellschaftsvertrags und damit für die Kohäsion der Gemeinschaft zentral (vgl. World Economic Forum 2018, S. 39). Grundsätzlich wäre eine kritische gesellschaftliche Debatte über unterschiedliche Lösungsansätze in Einzelfragen nicht zu bemängeln, solange diese konstruktiv, in gegenseitigem Respekt und lösungsorientiert stattfindet. Der Populismus jedoch zieht seine Kraft gerade aus der Polarisierung, der Verwendung von Fehlinformationen oder Halbwahrheiten, der Deformierung von Fakten zu „fake news“ und der Schaffung von Feindbildern (Eliten, Medien, Migrantinnen/Migranten). Bewusst nutzt der Populismus dabei die Sorge der Menschen vor Sicherheitsbedrohungen etwa durch Ter- →

rorismus aus, die Problemlösekompetenz von Staat und gesellschaftlichen Eliten wird angezweifelt, weshalb sich viele Menschen den perzipierten Gefahren schutzlos ausgeliefert fühlen.

Was sich hier zeigt ist, dass die von vielen Menschen als besonders bedrohlich empfundenen Phänomene wie Globalisierung, Terrorismus oder Migration letztlich nicht in gleichem Maße die Sicherheit von Staaten bedrohen wie der Klimawandel oder etwa der Populismus. Vielmehr ist es eher die Angst vor diesen Phänomenen, die letztlich in einer Form der sich selbst erfüllenden Prophezeiung dazu führt, dass die Menschen die Unsicherheiten herbeiführen, die sie zugleich fürchten. Damit wird deutlich, dass zur Bestimmung von Sicherheit im 21. Jahrhundert unterschieden werden muss zwischen gefühlten und realen Sicherheitsbedrohungen.

Inhaltliche Kompetenz

Globales Konfliktgeschehen, das haben in der jüngsten Vergangenheit die Terroranschläge in Paris, in Brüssel, in Ankara oder in Berlin schmerzlich verdeutlicht, kennt keine Grenzen. Die Terroranschläge vergrößern die Unsicherheit des Bürgers/der Bürgerin und führen zu einer Angst vor dem Unbekannten und der Suche nach schnellen Lösungsstrategien. So stellen vermeintlich richtige, weil einfache und ad hoc gelieferte Antworten eine große Versuchung dar. Angst macht auch vor beruflichen Kontexten nicht Halt. Umso wichtiger ist es, sich nicht von der Komplexität globaler Geschehnisse einschüchtern zu lassen. Gefordert sind die Erarbeitung neuer, multilateraler Steuerungs- und Kooperationsformen und die diskursive Vermittlung selbiger.

Politische Bildung steht daher vor der Aufgabe, dieses sich wandelnde internationale System wissenschaftlich zu erfassen, dessen Mechanismen die altbekannten Denk- und Analysemuster gegenwärtig obsolet erscheinen lassen. Zugleich muss sie ihren Erkenntnisgewinn auch für den Diskurs außerhalb ihres eigenen Wirkungskreises zugänglich machen. Es reicht nicht mehr aus, um es mit *Warren Buffets* Worten zu sagen, nur „den Regen vorherzusagen. Wir müssen Archen bauen.“ Die Zivilgesellschaft muss entscheiden, welche Zukunft sie will.

Den Menschen die Vielschichtigkeit der internationalen Beziehungen und den hohen Grad an Interdependenzen zwischen einzelnen globalen Phänomenen zu erklären, ist daher zu einer enormen, doch zukunftsweisenden Herausforderung für die politische Bildungsarbeit geworden: Sie zielt auf einen urteilsfähigen und politisch mündigen Bür-

ger. Die Voraussetzung dafür ist der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in die gesellschaftspolitische Debatte. Aus diesem Grund sollte politische Bildung gezielt thematische Schwerpunkte setzen, Inhalte kontinuierlich aufgreifen und sich Zeit für ihre Analyse und Diskussion nehmen, um insbesondere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft gezielt anzusprechen, deren tägliche berufliche Praxis die hier genannten Themen umfasst.

Als Beispiel für die Umsetzung dieses Ansatzes an der *Akademie für Politische Bildung* in Tutzing seien Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen für Angehörige aus dem Sicherheitssektor genannt. Das Spektrum der Aufgaben und der sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen diese Multiplikatorinnen/Multiplikatoren stehen, wird immer größer und facettenreicher. Zugleich zeigt sich, wie wichtig solide Kenntnisse der internationalen Beziehungen und der Bedeutung von Demokratieförderung sind. Bewährt hat sich ein interdisziplinärer Zugang, der Praxis und Lebensnähe mit der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Fachdebatte verknüpft. Die Akademie



Lernen mit Planspielen in der Akademie für politische Bildung, Tutzing Foto: Akademie für politische Bildung, Tutzing

fungiert hier als Diskussions- und Debattenforum, um beispielsweise Soldatinnen/Soldaten, Polizistinnen/Polizisten oder Juristen/Juristinnen mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft ins Gespräch zu bringen. Der gemeinsame Austausch und dessen wissenschaftliche Begleitung ist gerade in Zeiten sogenannter „alternativer Fakten“ ein von beiden Seiten geschätzter Gewinn.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Akademie beispielsweise mit verschiedenen Symposien, in deren Rahmen etablierte Forscher/-innen und Nachwuchswissenschaftler/-innen ihre aktuellen Erkenntnisse einem bunt gemischten Publikum zur Diskussion stellen. Diese Debatte belebt die

oft mühsame Suche nach Erkenntnisgewinn durch einen von außerhalb des Elfenbeinturms kommenden Blick auf das eigene Tun. Sie erzielt überdies einen weiteren Lerneffekt: Ein urteilsfähiger, politisch mündiger Teil der Zivilgesellschaft zu sein bedeutet die Übernahme von Verantwortung für diese. Und sie liegt in der Aufgabe, pauschale und prominente Kritiken zu hinterfragen, anstatt sie unreflektiert zu übernehmen und dadurch der Angst zusätzlichen Raum zu geben.

Ein zentrales Beispiel ist hier der Diskurs über die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der Bundesrepublik. Das gängige Pauschalurteil lautet: Die EU ist ein zahnloser Tiger ohne Macht, Deutschland und der EU fehlen eine außenpolitische Strategie und Stärke. Diese Kritik ist einseitig und verkennt bewusst aktuelle Entwicklungen und das erfolgreiche außenpolitische Agieren beider Akteure.

Vielmehr gilt die Bundesrepublik im internationalen System als verlässlicher, solider und kooperativer Partner und etwa im transatlantischen Verhältnis auch als Mittler. Deutschland vertritt gerade nicht nur die Positionen der USA, sondern stellt sich diesen durchaus begründet entgegen – erinnert sei an dieser Stelle an das entschlossene Nein des ehemaligen Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* zum Irakkrieg 2003. Auch das Beharren der Bundeskanzlerin *Angela Merkel* auf einen umfassenden und multilateralen Ansatz im Umgang mit aktuellen internationalen Konfliktgeschehen etwa in Afghanistan oder in Syrien ist hier zu nennen. Sie unterstreicht damit die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von kurzfristigen, auch militärischen Krisenmanagementmaßnahmen, mit langfristigen Ansätzen, etwa in der Entwicklungspolitik.

Die Betrachtung realer globaler Sicherheitsbedrohungen hat zu dem Ergebnis geführt, dass die größten Gefahren nicht vordergründig von Phänomenen wie Globalisierung, Terrorismus oder Migration ausgehen, sondern gerade auch von der Art und Weise, wie diese als Bedrohung wahrgenommen werden, und von den Reaktionsmustern, die dies nach sich zieht. Damit hat sich jeder von uns kritisch zu fragen, inwieweit er durch ein persönliches Gefühl der Bedrohung letztlich das herbeiführt, was er so sehr fürchtet.

Über technische Defizite zu schimpfen, etwa über das Nichterreichen der 2%-Hürde mit Blick auf militärische Fähigkeiten im NATO-Verbund oder über den schleppenden Aufbau einer Verteidigungskomponente im EU-Rahmen, scheint verlockend. Doch dabei übersieht man Entscheidendes: Es geht nicht mehr darum, einseitig diese Fähig-

keiten zu entwickeln. Der Aufbau dieser Kapazitäten muss Kriterien der Effizienz und Effektivität und globalen Nachhaltigkeit gerecht werden. Zu Recht setzt die Bundesrepublik oder die Europäische Union daher auf den etablierten multilateralen Rahmen. Die Herausforderung liegt nicht darin, diese Erkenntnis zu generieren. Sie liegt darin, sie in der gesellschaftspolitischen Praxis sukzessive auszubauen.

Politische Bildung und gesellschaftspolitische Verunsicherungen

Insgesamt sollte politische Bildung daher multiperspektivisch und umfassend auf diese gefühlte Unsicherheit reagieren. Das fundamentale Ziel muss es sein, gefühlte und reale Wirklichkeit wieder miteinander in Einklang zu bringen. Dies kann auf doppeltem Wege geschehen: Einerseits muss auf die Faktenlage verwiesen werden, indem möglichst umfassend über die Hintergründe und Entwicklungen von Problemen aufgeklärt wird. Andererseits sollte empathisch auf die Gefühlslage der Menschen eingegangen werden, die sich von den Zeitläufen bedroht fühlen. Auf diese Weise können Themen entemotionalisiert werden.

Es geht letztlich darum, den Menschen, die sich von immer schneller verlaufenden Modernisierungsprozessen gefährdet fühlen, eine Stütze zu geben. Rationale Erläuterungen und Hintergrundinformationen werden jedoch als eine solche Stütze nicht ausreichen. Es muss deshalb auf die konkrete Lage von Betroffenen eingegangen und es müssen ihre Sorgen ernstgenommen werden. Es ist in der Tat so, dass nicht alle Menschen in gleicher Weise von der

Dem Phänomen Populismus wohnt das Potenzial inne, grundlegend unsere Freiheit, unseren Wohlstand und indirekt auch unsere Sicherheit zu gefährden.

Globalisierung profitieren, auch wenn die Bundesrepublik insgesamt als einer der großen Gewinner in der modernen globalen Welt gelten kann.

Zu Recht muss deshalb die Forderung an die politischen Entscheider/-innen aufrechterhalten bleiben, die sozialen Verwerfungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, durch wohlfahrtstaatliche Maßnahmen abzufedern und →

insbesondere auch die großen Profiteure der Globalisierung, vor allem multinationale Unternehmen, an der Finanzierung dieses sozialpolitisch so bedeutsamen Wohlfahrtsstaats zu beteiligen.

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass die sozialen Verwerfungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, kritisch diskutiert werden müssen, auch um den Menschen zu signalisieren, dass ihre Sorgen und Ängste gehört werden. Zugleich muss die Frage der Verantwortlichkeit für drei Gruppen umfassend zur Debatte gestellt und adressiert werden: 1.) die wirtschaftlichen Unternehmen, aber auch Gruppen und Einzelpersonen, die von der Globalisierung profitieren, und die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden müssen; 2.) die Politik, die von der Globalisierung profitieren kann, aber zugleich den Zwängen

Niemand sollte zum Nutznießer der Vorteile der Globalisierung werden, ohne Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, dessen Teil er ist.

der Internationalisierung unterworfen ist; 3.) Gruppen, Einzelpersonen, aber auch Teile von Politik und Wirtschaft, die man als „Globalisierungsverlierer/-innen“ bezeichnen könnte. Vereinfacht gesagt sollte politische Bildung darauf verweisen, dass sowohl „Globalisierungsgewinner/-innen“ als auch „Globalisierungsverlierer/-innen“ eine gesellschaftliche Verantwortung haben.

Niemand sollte zum Nutznießer der Vorteile der Globalisierung werden, ohne Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, dessen Teil er ist. Andererseits können auch die (gefühlten) „Verlierer/-innen“ der Globalisierung sich nicht der Verantwortung für ihr eigenes Leben entledigen, indem sie sämtliche Missgeschicke externalisieren und Migrantinnen/Migranten, gesellschaftliche Eliten, die Medien oder die „Globalisierung“ für ihr persönliches Schicksal verantwortlich machen. Der Ruf der politischen Bildner/-innen nach der Übernahme von Verantwortung muss deshalb alle Teile der Bevölkerung erreichen, auch jene, die es sich in einer Opferhaltung bequem gemacht haben.

Die politische Bildung sollte also der Versuchung widerstehen, einfachen Schwarz-Weiß-Mustern zu folgen und,

einem manichäischen Weltbild folgend, simple Zuordnungen von Täterinnen/Tätern (z. B. Politiker/-innen, Eliten, Medien) und Opfern (des „Normalbürgers“) vorzunehmen. Vielmehr muss geduldig immer wieder über Fakten und Zusammenhänge aufgeklärt, persönliche Verantwortungsbereiche jedes einzelnen ohne Ausnahme deutlich gemacht und zugleich entemotionalisiert werden: Angst ist wahrlich der schlechteste aller Berater in Sicherheitsfragen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2018

Zur Autorin



Dr. Anja Opitz ist Referentin für Internationale Beziehungen an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Sie ist Gründungsmitglied der internationalen Global Health Security Alliance (GloHSA) sowie der Middle East and International Affairs Research Group (MEIA Research, München). Dr. Opitz ist Subject Matter Expert für Global Health Security, EU Security and Defence und Sicherheitssektorreform am European External Action Service in Brüssel und an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

a.opitz@apb-tutzing.de

Literatur

Kalina, Andreas / Günther, Miriam (2018): Politik und Öffentlichkeit in einer „postfaktischen“ Ära. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 3–5

Mayer, Michael (2018): Zahlen mit abgewischten Tränen. Internationaler Dialog über Asyl, Flucht und Migration. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 6–7

Munich Security Conference (Eds.) (2018): Munich Security Conference Report 2018. To the Brink – and Back?; www.security-conference.de/en/discussion/munich-security-report/munich-security-report-2018 (Zugriff: 23.06.2016)

NATO – North Atlantic Treaty Organization (Eds.) (2017): Strategic Foresight Analysis. 2017 Report. Brussels

Office of the Press Secretary (2015): Remarks by the President in State of the Union Address; <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/01/20/remarks-president-state-union-address-january-20-2015> (Zugriff: 22.06.2018)

Opitz, Anja (2018): Gesundheit braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Gesundheit. Die Akademie auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In: Akademie Report, Heft 2/2018, S. 26–27

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2008): Welt im Wandel. Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin/Heidelberg: Springer VS

World Economic Forum (Hrsg.) (2018): The Global Risk Report 2018; www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2018 (Zugriff: 22.06.2018)